

Entwicklungsländer und der Klimawandel: It's Politics, Stupid!



von Suzan Heidenreich

In der Klimadebatte kommt immer wieder ein antikapitalistisches, antiwestliches und antimodernes Narrativ im Mantel des Klimaschutzes daher. Zu den jüngsten Beispielen gehört hier die Berichterstattung über die Auswirkungen des El-Niño-Phänomens.

El Niño gehört zu den regelmäßig wiederkehrenden Klimaoszillationen, die prägend für das Weltklima sind. Es ist die bekannteste dieser Schwankungen, und fiel 2015/2016 ungewöhnlich heftig aus.

Wobei „ungewöhnlich“ ein relativer Begriff ist. El Niño produziert immer extreme Wetterlagen. Ab wann ein Extremwetterereignis „ungewöhnlich extrem“ sein soll, ist dem Betrachter überlassen. Eine Dürre ist eine Dürre, und eine Überschwemmung eine Überschwemmung, sollte man meinen. Doch wenn es darum geht, mit Klimaberichterstattung politische Ziele zu verfolgen, wird gerne Wortakrobatik betrieben.

Ein gutes Beispiel hierfür ist die Nachrichtenlage zum El Niño 2015/2016. So wurde ausführlich berichtet, dass El Niño im Süden Afrikas eine starke Dürre entstehen ließ, bzw. die seit zwei bis drei Jahren andauernde Trockenperiode verschärfte. Die Folgen: Nahrungsmittelknappheit, höhere Preise, finanzielle Verluste für Farmer, Trinkwassermangel, bis hin zum Tod durch Unterernährung (ländliche Dorfbewohner) oder zum Selbstmord aus Verzweiflung (Farmer). In einigen Ländern der Region sind internationale Hilfsorganisationen aktiv, um die größte Not zu lindern.

Einen Schuldigen dafür hat man natürlich schon gefunden: Es sind die Industrieländer, die durch ihren CO₂-Ausstoß den Klimawandel ausgelöst haben, welcher nun für extreme Wetterlagen sorgt, unter denen die Entwicklungsländer leiden müssen! Freilich ist solch eine antiwestliche Denkweise natürlich noch eng mit so genannter Kapitalismuskritik und Antimodernismus verwoben.

Hat der kapitalistische Westen also Schuld daran, dass Kinder in Afrika hungern müssen? Diese Aussage ist paradox, insbesondere angesichts der Milliarden, die jährlich an privater und öffentlicher Entwicklungshilfe in zahllosen Programmen alleine in Afrika versenkt werden. Es spricht einiges dafür, dass die unter der Dürre leidenden Menschen ihre Situation eher ihren

eigenen – sozialistischen – Regierungen zu verdanken haben.

Beispiel Simbabwe: Nachdem das Mugabe-Regime seit der Jahrtausendwende aus rassistischen und politischen Gründen die florierende, exportorientierte Agrarindustrie zerstörte und die meisten kommerziellen Farmer enteignete, brach die gesamte Wirtschaft des Landes zusammen. Die Großfarmen wurden zerschlagen und unter landwirtschaftlich unerfahrenen Günstlingen des Regimes verteilt, sodass sich der Gesamtertrag drastisch reduzierte. Die politische und wirtschaftliche Lage verunsicherte Investoren, und führte zu einer Auswanderungswelle – es fehlte dadurch an Geld und Wissen, um z.B. die Infrastruktur zu warten. Mit diesem Kapitalabfluss und dem Weggang der Mittel- und Oberschicht wandelte sich Simbabwe vom Brotkorb zum Armenhaus Afrikas. Mangel an Investitionen, an Knowhow, an allem, führte dazu, dass das Land heute ohne jegliche Reserven und mit darniederliegender Infrastruktur einer Dürreperiode, die unter normalen Umständen für ein funktionierendes Staatswesen kein größeres Problem darstellen würde, schutzlos ausgeliefert ist. Für den Hunger können sich die Simbabwer also bei ihrer politischen Klasse „bedanken“, und nicht bei den imperialistischen Industriestaaten.

Beispiel Namibia: Das Land ist geprägt von Wüsten und Halbwüsten, und ist eines der trockensten der Erde. Wenn es hier mal regnet, steht es sogar in den Zeitungen, und täglich wird über den Stand der Dämme berichtet. Man sollte meinen, dass Wassermanagement von zentraler Bedeutung wäre. Doch Namibia steht am Rande einer Dürrekatastrophe, und muss vielleicht bald Wasser importieren. Diese Probleme sind ebenfalls hausgemacht. Zwar leiden Land und Leute unter der jahrelangen Trockenperiode, die durch El Niño verschlimmert wird. Aber in den letzten 10 bis 20 Jahren wurde nur unzureichend in die Wasserinfrastruktur investiert. Anstatt Dämme, Leitungen und Kanalsysteme in Stand zu halten und an die wachsende Bevölkerung anzupassen, setzten sich die Politiker lieber pathetische Heldendenkmäler. Wichtige Investitionen wurden verschleppt, und die Regulierung des Wasserverbrauchs vernachlässigt: Es gibt in jeder Stadt mehrere illegale Autowaschanlagen, aus geborstenen Leitungen sprudelt tagelang Trinkwasser, und selbst Behörden verschwenden das kostbare Nass. Mittlerweile sind viele Stauseen fast leer, und das restliche Wasser in ihnen ist durch Algen verseucht. Mit Preiserhöhungen, Rationierung und gesenktem Leitungsdruck versucht man nun gegenzusteuern. Es zeigt sich, dass eine rechtzeitige und vorausschauende Politik die kommenden Härten verhindert oder mindestens stark abgefedert hätte. Aber zur Zeit ist nur eine einzige Talsperre im Bau, während die bestehenden allesamt vor der Unabhängigkeit, also unter südafrikanischer Verwaltung, geplant und/oder gebaut wurden. Eine kurzfristige Verbesserung ist nicht in Sicht, denn solche Bauprojekte dauern Jahre. Sollte es also zum Schlimmsten kommen, und die Dämme vor der Regenzeit leer sein, ist dies nicht die Schuld des CO2 aus europäischen und amerikanischen Fabriken, sondern die der kurzsichtigen Politik vor Ort.

Viele Länder leiden unnötig unter dem Klima. Doch nicht etwa der Klimawandel trägt die Schuld, sondern Fehlanreize und verfehlte Politik. „Gesunde“ Länder, also Länder, in denen Rechtstaatlichkeit und Marktwirtschaft herrschen, in denen Privateigentum und Freiheit geschützt werden, sind krisenfest und können sich auch gegen Wetterkapriolen schützen. Herrscht

jedoch Willkür, Unfähigkeit und Blindheit, wird ein Staat die Ressourcen verlieren, bei Unbill stabil zu bleiben.

Die Liste der Beispiele ließe sich fortsetzen. Das zeigt, dass die internen Gründe, weshalb Länder durch El Niño etc. in Schieflage geraten, überwiegen. Die Lösung muss sein, Fortschritt durch Marktwirtschaft, Rechtstaatlichkeit und Freiheit zuzulassen. Sozialismus, Kleptokratie und Dirigismus haben überhaupt erst zu den Problemen geführt.